

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, November 2008

58. Jahrgang, Nr. 673

27. Generalversammlung VOS im Zeichen von Einheit, Stärke und Zuversicht

Die Delegierten setzen bei Vorstandswahl auf Kontinuität in der Verbandsarbeit

In jener Generalversammlung vom 24. bis 26. Oktober hat sich im thüringischen Friedrichroda fast alles erfüllt, was sich die Delegierten und auch die Zuhause-Gebliebenen erhofft hatten: Die VOS setzt weiter auf Stabilität und Kompetenz. Schon die Wahl des Bundesvorstandes war hierfür ein sichtbares Zeichen.

Der seit einigen Monaten erst im Amt befindliche Johannes Rink hatte mit einem sachlich kurz gefassten Rechenschaftsbericht die Entwicklung der letzten zweieinhalb Jahre gekennzeichnet, Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich stellte mit Fakten und Zahlen die Situation der finanziellen Verhältnisse im Verband dar, und schließlich bestätigte Rechnungsprüfer Werner Sauerzweig die Richtigkeit der Angaben. Es gab wenige Zwischenfragen und kaum Kritiken, dafür von den Delegierten mehrfach spontanen Beifall. Damit war die Entlastung des alten Bundesvorstandes bestätigt.

In der wieder mit Spannung erwarteten Wahl des Bundesvorstandes blieben wesentliche Positionskämpfe aus. Einziger Kandidat auf den Posten des Bundesvorsitzenden war Johannes Rink, der denn auch die hundertprozentige Zustimmung der Delegierten verbuchen konnte. Dass dies so deutlich geschah, lag nicht daran, dass sich kein zweiter Kandidat zur Wahl stellte, sondern dass wir in Johannes Rink einen souveränen, dennoch menschlich äußerst angenehmen Kameraden gefunden haben, der die Interessen unseres Verbandes fernerhin mit Umsicht und Uneigennützigkeit vertritt. Gleich in seiner Antrittsrede, die kurz, aber aussagekräftig war, bekundete der neue und alte Vorsitzende, dass es ihm nicht auf Alleingänge und Profilierungsbestrebungen ankommt, sondern dass er in Teamwork und gemeinsamer Verantwortlichkeit die Aufgaben des Vorstandes ausführen wird. Auch dies honorierten die Delegierten mit zustimmendem Beifall.

Ebenfalls mit Einstimmigkeit wurde Kamerad Hugo Diederich, der „dienstliche Repräsentant“ der VOS, als Schatzmeister bestätigt. Nachhaltig wurden ihm Fleiß und Einsatzwilligkeit, die er auch durch seine Anwesenheit an nahezu jedem Wochenende in der Bundesgeschäftsstelle der VOS beweise, in Einzelmeinungen aus den Reihen der Anwesenden bestätigt. Trotz Krankheit und ambulant erfolgter Operation ist er in der Geschäftsstelle gewesen, um für die VOS zu arbeiten. In Zukunft

wird Kamerad Hugo Diederich allerdings nur noch in Ausnahmefällen während der Wochenenden in der Geschäftsstelle sein. Eine Sieben-Tage-Arbeitswoche ist auf Dauer einfach nicht mehr durchzuhalten, zumal er nun eine Lebenspartnerin gefunden hat (Glückwunsch), mit der er sich nicht nur telefonisch verständigen möchte.

Eine Doppelkandidatur bahnte sich bei der Wahl des Stellvertreters des Ersten Bundesvorsitzenden an. Hier wurde der Kamerad Alex Latotzky, der in den vergangenen zweieinhalb Jahren bereits im geschäftsführenden Bundesvorstand mitwirkte, für eine weitere Periode vorgeschlagen. Als Gegenkandidat benannten die Delegierten Carl-Wolfgang Holzapfel, der kürzlich von München nach Berlin gezogen ist und sich nun aus der Hauptstadt Deutschlands noch stärker für die Belange der SED-Opfer einsetzen will. Sowohl Kamerad Holzapfel wie auch Kamerad Latotzky haben Erfahrung in der Arbeit in anderen Opferverbänden gesammelt. Von Alex Latotzky wissen wir, dass er als in Haft Geborener maßgeblich an der Organisation von Treffen und Veranstaltung seiner Schicksalsgefährten beteiligt ist. Carl-Wolfgang Holzapfel ist schon lange Vorsitzender der Gemeinschaft 17. Juni e. V. Beide Kandidaten stellten sich in präzisen Schilderungen als aufrichtig engagiert vor und wichen keinen Fragen aus. Da jedoch nur einer gewinnen konnte, trug im ersten Wahlgang Kamerad Holzapfel mit einer recht deutlichen Mehrheit (100 von 136 Stimmen) den Sieg und somit das Mandat davon.

Immerhin, allen, die, ob wiedergewählt oder nicht, sich für den Einsatz im Opferverband bereit erklärten und bislang im Vorstand und bei mancherlei Veranstaltungen die Interessen der Mitglieder vertreten haben, gebührt nochmals unser ausdrücklicher Dank. Will man ein Fazit ziehen, so kann man feststellen: Dies war eine Generalversammlung, die von Harmonie und Zuversicht geprägt war. Ungeachtet dessen hat es noch nie geschadet, den Bundesvorstand durch „frisches Blut“ bereichert zu sehen. Letzteres betrifft auch die Altersstruktur der Delegiertengemeinschaft. Wieder sah man junge Gesichter, die künftig die Geschicke mit lenken wollen. Doch auch unsere älteren Kameradinnen und Kameraden stehen mit Erfahrung und Übersicht an unserer Seite. Ganz sicher wird dieser Verband noch lange leben. *B. Thonn*

Wieder liegt eine Generalversammlung hinter uns. Und ich muss zugeben, dass ich zwar dieses alte DDR-geprägte Berghotel immer noch nicht besonders mag, aber dass es so scheint, als würden die Tagungen und Wahlen, die wir nun seit über einem Jahrzehnt dort absolvieren, unter einem guten Stern stehen und der VOS daher Glück bringen.

Wer dieses Wochenende vom 24. bis 26. Oktober miterlebt hat, der dürfte gleich mir den Eindruck, nein, die Gewissheit eines sicher noch lange existierenden Verbandes der Opfer der Stalinismus mit nach Hause genommen haben. Durchweg fielen die Bilanzen in den Rechenschaftsberichten positiv aus, und auch bezüglich der Prognosen gibt es nichts, das uns einen düsteren oder zweifelnden Blick auf das Weiterbestehen unseres nun bald schon sechzig Jahre existierenden Verbandes verheißt sollte.

Erfreulicherweise waren die Reihen der Anwesenden inzwischen mit vielen jüngeren Gesichtern durchsetzt. Dies soll jedoch keine Absage an unsere älteren Kameradinnen und Kameraden sein. Im Gegenteil, das harmonische Miteinander zwischen Jung und Alt gibt dem Wirken des Verbandes die richtige Würze. Ohne unsere verdienten Mitglieder, die teils schon die 50-jährige Mitgliedschaft begehren konnten, fehlte den Jüngeren die Erfahrung und auch ein Stück Authentizität. Dennoch ist es wichtig, dass die nachfolgende Generation inzwischen den Staffelstab übernommen hat. So ist das Leben – das private und auch das im Verein. Wir wissen es nicht erst seit den Worten unseres verdienstvollen Kameraden Knöchel: Bestand hat im Leben nur die Veränderung.

Besonders erfreulich war es, unseren Kameraden Hans-Joachim Kögel anzutreffen, der mit 87 Jahren der älteste, zugleich auch einer der aktivsten Teilnehmer der 27. Generalversammlung gewesen ist. Kamerad Kögel mischt sich in seinem Heimatort Heidelberg weiterhin in das öffentliche Leben ein und betreibt nach wie vor ein Studium.

Erfreulich auch der Auftritt unseres neuen und alten Bundesvorsitzenden Johannes Rink, der in seinem Rechenschaftsbericht zunächst die Durchsetzung der Opferrente als wesentliche Leistung innerhalb der abgelaufenen Wahlperiode nannte. Natürlich wurde die Opferrente nicht al-

lein in den letzten zwei Jahren durchgesetzt. Wir alle wissen, wie lange und hart wir nun ein ganzes Jahrzehnt intensiv darum gekämpft haben. Vor allem die Freiheitsglocke bot immer wieder ein Forum. Nun ist die Opferrente da, und wir werden – in der Freiheitsglocke – auch weiter darüber reden, was verbessert werden kann und muss. Hierzu äußerte denn auch unser Bundesvorsitzender mit eindeutigen Worten: Ziel muss es sein, dass alle Betroffenen eine monatliche Entschädigungszahlung bekommen. Soll heißen: Auch diejenigen, die nicht die Voraussetzung einer halbjährigen Haftzeit erfüllen, aber auch die Findung einer Regelung für Hinterbliebene gilt es im Auge zu behalten.

Auf ein Wort des Redakteurs

Angesichts der schnell steigenden Preise wird inzwischen von den Kameradinnen und Kameraden ein Ausgleich an die Inflationsrate ins Gespräch gebracht. Diese Anregung ist keineswegs von der Hand zu weisen. Daher wäre es sinnvoll, nach Ablauf von jeweils drei Jahren eine Erhöhung der monatlichen Zahlung um 10 Euro zu beschließen. Damit wären eine langfristige Planung in der Haushaltskasse und eine gemäßigte Belastung derselben möglich.

Bezüglich des Todesfalles von Anspruchsberechtigten Empfängern wäre eine Regelung möglich, indem man die Opferrente an Hinterbliebene ehemaliger politischer Häftlinge gewährt, wenn diese zum Stichtag 9. November 2009 zwanzig Jahre verheiratet gewesen sind. Damit würde man dem getrennt zu bewältigenden Haftschicksal Rechnung tragen.

Als nicht erreichte Zielstellung nannte Johannes Rink den Zusammenschluss der Opferverbände von BSV und VOS. Wir haben dieses Thema in unserer Zeitung lang und breit beleuchtet, und manch einer geht davon aus, dass selbiger Zusammenschluss, da er von der Basis beider Verbände gefordert und für gut befunden worden war, inzwischen erfolgte. Dem ist nicht so, dem wird auch nicht so werden. Einer der Landesverbände des BSV hat sich dem Beschluss widersetzt. Damit wurde nicht die erforderliche Stimmzahl erreicht. Dies muss uns

nicht pessimistisch stimmen. Es wird Gespräche mit den anderen Landesverbänden geben.

Wenig, das heißt – offiziell – gar nicht wurde über die Freiheitsglocke gesprochen. Ich werte das als positives Zeichen, denn mit Kritik ist man im Allgemeinen nicht zurückhaltend. Nach wie vor freue ich mich über alle schriftlichen Beiträge, die mich erreichen. Bei manchen dauert es etwas länger, ehe sie veröffentlicht werden. Das liegt mitunter am Umfang. Wenn wir mehrere mehrseitige Beiträge in einer Ausgabe unterbringen, fehlt es an Abwechslung.

Eine wesentliche Komponente unseres Verbandsorgans bleibt weiterhin der Blick auf das politische Leben in unserem Land. Die jüngste Entwicklung im Bundesland Hessen hat gezeigt, dass wir von nicht wenigen Themen und Ereignissen der innerdeutschen Politik unmittelbar betroffen sind. Die gescheiterte Wahl von Frau Ypsilanti, unter Einbeziehung der Partei Die Linke Ministerpräsidentin zu werden, ist für uns alle ein Signal, die demokratisch gesinnten Kräfte im Land zu unterstützen. Durch eine Presseerklärung der VOS und durch sachlich formulierte Einzelmeinungen können wir den mutigen vier Abgeordneten, die den fragwürdigen Deal noch rechtzeitig auffliegen ließen, unsere Zustimmung ausdrücken. Was sich da von links zusammengebraut hat, war ein bedenklicher Versuch, die Demokratie zu unterlaufen. Es sollte zugleich eine Demonstration sein, mittels derer Deutschland – im Hinblick auf das Mammut-Wahljahr 2009 – den Ansturm der Linken auf die Parlamente vorgeführt bekommen sollte. Dass dies nun nicht geschehen ist, haben die mutigen „Abweichler“ aus der hessischen SPD-Fraktion erreicht. Zugleich blicken die Wähler nun doch genauer hin, was passiert, wenn sie dieser oder jener Partei ihre Stimme geben. Keineswegs war es der Wählerauftrag der hessischen SPD gewesen, sich auf ein fragwürdiges Bündnis mit den Linken einzulassen. Denn den Umfragen aus dem September zufolge waren 72 Prozent der hessischen Bevölkerung nicht mit einer durch die Linken gestützten Ministerpräsidentin Ypsilanti einverstanden (Quelle: Internet). Somit haben die SPD-Abgeordneten um Dagmar Metzger weniger die Interessen der SPD verletzt als vielmehr den Wählerauftrag für ihre Partei erfüllt.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe:

Titelseite:

Die 27. Generalversammlung der VOS

Redaktionsthema:

Die VOS nach der Wahl. Beobachtungen 2

Die Opferrente – Stand der Auszahlungen
Bericht von Jens Gelhaar leitender Mitarbeiter
beim Landesversorgungsamt Sachsen-Anh. 4

Die Schrecken der Diktatur in Bildern
Marianne Birthler führt zur Wanderausstellung
in Duisburg ein 5

Vierzig „Ehemalige“ sehen sich wieder
Vom Häftlingstreffen in Bützow 6

Umstritten bis in den Tod?
Ellen Thiemann über Rechtsanwalt Wolfgang
Vogel, den sie sehr gut kannte 7

War an der DDR etwas sozial und gerecht?
Das Kloster Drübeck hat Gregor Gysi als
Referenten für die Fortbildung eingeladen 8

Wer kümmert sich um das Kreuz
Zeichen des Gedenkens wuchert zu 8

**Domino-Effekt und andere Ärgernisse
nichts mehr**
Das dänische Wunder trat niemals ein
Teil zwei des Berichts von Wolfgang Mayer 9

Geschichtsbild der Jugend verbessern
VOS-Landesspitze Niedersachsen besucht
die Landesspitze der CDU 11

Einer, der es verdient hat
Hohe Ehrung für Wolfgang Stiehl 11

RUBRIKEN

- Wahlergebnis der Gruppen 3
- Meinungen, Zitate 4
- Terminankündigungen 5, 12
- Spender, Verstorbene 3, 11
- Meldungen 10
- Impressum 12

Wahlergebnisse der 27. Generalversammlung der VOS, 24. Oktober 2008

Bundesvorsitzender: Johannes Rink

Stellvertretender Bundesvorsitzender:

Carl-Wolfgang Holzapfel

Stellvertretend. Bundesvorsitzender/Schatzmeister:

Hugo Diederich

Beisitzer im Vorstand: Rotraut von Dechend

Beisitzer im Vorstand: Ursula Grenz

Beisitzer im Vorstand: Thilo Scheibe

Beisitzer im Vorstand: Dr. Frieder Weiße

Pressesprecher: Ronald Lässig/ Alexander Richter

Beschwerdeausschuss

Vorsitzender: Bernd Pieper

Mitglieder: Reiner Schenk, Mario Röllig

Stellvertreter: Christine Härtkorn, Joachim Kleemann

Bundesrechnungsprüfer

Werner Sauerzweig

Stellvertreter: Siegfried Jahnke



Neues Gesicht im Vorstand der VOS: Der stellvertretende Bundesvorsitzende Carl-Wolfgang Holzapfel (Foto: A. Richter). Lesen Sie hier seinen Kommentar zum Scheitern der SPD-Politikerin Andrea Ypsilanti vor der Wahl zur Ministerpräsidentin in Hessen.

Sieg für Anstand und Moral in Politik

SED-Verfolgte begrüßen Scheitern Ypsilantis (cw) In einer ersten Stellungnahme begrüßte der größte Verfolgten-Verband der SED-DDR-Diktatur, die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) die Weigerung von vier SPD-Abgeordneten, die beabsichtigte Tolerierung einer rot-grünen Regierung durch die SED-Nachfolgepartei zu unterstützen.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende, Carl-Wolfgang Holzapfel (64), erklärte, die vier Abgeordneten hätten wieder „den Glauben an Anstand und Moral in der Politik“ gestärkt. Es gebe „also doch noch Politiker, die ihr Mandat als Auftrag des Volkes verstanden und sich nicht nur an möglichen persönlichen Vorteilen oder Machtkonstellationen orientierten, wie dies jüngst wieder deutlich bei der Verabschiedung des umstrittenen Ministergesetzes der Fall gewesen wäre,“ sagte Holzapfel, der auch Vorsitzender der Vereinigung 17. Juni 1953 ist. Gegen den deutlichen Protest der Verfolgten-Verbände hatte der Bundestag jüngst eine Novellierung des Ministergesetzes verabschiedet, nach dem die letzten DDR-Minister bereits nach wenigen Tagen oder Wochen Dienstzeit eine lebenslange monatliche Rente über 650,00 Euro erhalten, die öffentlich als „Ehrenpension“ bezeichnet wurde. Der Bundesrat hatte auf einen Einspruch verzichtet.

Besucherrekord in Hohenschönhausen

Die Stasiopfer-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen wurde im Oktober 2008 von mehr als 32 000 Menschen besucht, darunter sehr viele Jugendliche. Insgesamt waren in 2008 bereits 220.000 Besucher hier. Positiv wirken sich die Führungen aus, an denen auch VOS-Mitglieder wie Edda Schönherz beteiligt sind.

Spender für die VOS: Christa Kirchner, Gerd Ahnert, Heinz Langmeier, Helmut Günther, Margarete und Albin Lichy, Klaus Schmude, Siegfried Jahnke, Dieter Veit, Fritz Schaarschmidt, Hanni und Manfred Peter Stephan, Kurt Wolfgang Schuster, Hans Werner Eberhardt, Günther Kowalczyk.

Vorstand und Redakteur danken allen Spendern. Jeder Beitrag hilft, den Verband zu stärken. Gerade für die Aufgaben, die uns im neuen Jahr erwarten und zu denen auch das Bemühen um eine Verbesserung der Opferrente gehört, sind Ihre Spenden weiterhin erforderlich.

Die große Mehrzahl der Anträge auf die Ehrenpension wurde positiv beschieden

In Friedrichroda fand ein informationsreicher Vortrag über Ergebnisse und Probleme bei der Bearbeitung der Anträge im Bundesland Sachsen-Anhalt statt

Mit großem Interesse verfolgten die Teilnehmer, meist Mitglieder der VOS, des am Wochenende 24. bis 26. Oktober ebenfalls im Berghotel von Friedrichroda stattfindenden Seminars einen Vortrag über die Verfahrensweise und die bisherigen Ergebnisse bei der Bearbeitung der Anträge für die Gewährung der Besonderen Zuwendung für ehemalige politische Häftlinge (Ehrenrente) der SBZ/DDR. Referent war Jens Gelhaar (Foto), verantwortlicher Mitarbeiter beim Landesversorgungsamt Sachsen-Anhalt.

Herr Gelhaar traf zunächst einige grundsätzliche Aussagen zur Bearbeitung der Anträge. So erfuhren die Anwesenden, dass es nach Verabschiedung des Gesetzes einen – eigentlich zu erwartenden – Ansturm von Anträgen auf die Ehrenrente gegeben habe und die Mitarbeiter des Versorgungsamtes dadurch einer enormen Belastung ausgesetzt gewesen seien. Trotzdem habe man die Aufgabe gut in den Griff bekommen, nicht zuletzt da die VOS (dies war auch in einigen anderen Bundesländern zu beobachten) das bereits vorhandene „Know how“ an die Verwaltungsinstanz weitergegeben habe. Allerdings sei darauf hinzuweisen, dass die deutliche Mehrzahl der Antragsteller ihren Wohnsitz in den neuen Bundesländern hätten, somit hier auch die Mehrarbeit entstände.

Obwohl der Hauptansturm mittlerweile bewältigt sei, gingen beim Versorgungsamt monatlich immer noch rund einhundert Anträge ein. Für seinen Vortrag legte Herr Gelhaar die aktuelle Antragszahl von 7.839 in Sachsen-Anhalt zugrunde. Hiervon seien bis dahin 5.211 Anträge positiv beschieden worden. Mit anderen Worten: Das Geld fließt. Unter den abgelehnten oder noch offenen Anträgen nehmen mit 1.200 Stück die fehlgeleiteten den Hauptanteil ein. Diese Anträge seien in die zuständigen Bundesländer abgegeben worden. Ablehnungen seien in 345 Fällen erteilt worden. Davon entfallen 253 Anträge auf zu kurze Haftzeit, 34 auf Einkommensüberschreitungen und auf 16 Fälle mit grobem Verstoß in Form von IM-Tätigkeit. 32 Antragsteller seien während der Bearbeitungszeit verstorben, wobei die Angehörigen diese Nachzahlungen nicht erhielten. Auch seien vor oder während der Bearbeitung Anträge von den Antragstellern zurückgenommen worden. Deren Zahl betrug (immerhin) 328.

Herr Gelhaar wies ausdrücklich darauf hin, dass seine Behörde lediglich Verwaltungsinstanz sei, also keinen Einfluss bzw. keine Wertungsbefugnis zu den gesetzlich festgelegten Entscheidungen besitze. Auch wenn manche Schicksale hart sind, dürfen keine Abweichungen zugelassen werden. Insbesondere sprach er mit dieser Feststellung das umstrittene „Soll“ an Haftzeit an. Die-

ses beträgt laut Gesetzgeber ein halbes Jahr, wird aber von einigen Bundesländern als „vollendete“ sechs Monate von anderen wiederum als 180 Tage ausgelegt. Hart seien die Entscheidungen, die an einem oder wenigen fehlenden Tagen zu Ungunsten des ehemaligen Häftlings gefällt werden müssten. Sicherlich, so die Meinung der Zuhörer, wäre es sinnvoller und realitätsnäher (!) gewesen, kein Zeitlimit für die Haftdauer in das Gesetz einzubauen. Nach Meinung des Referenten hätten viele

möglicherweise Anspruchsberechtigte den Antrag auf die Opferpension gar nicht gestellt. Bei etlichen sei die Rehabilitation noch nicht erfolgt. Die Rehabilitation oder die Vorlage der Bescheinigung 10/4 nach dem Häftlingshilfegesetz seien jedoch Voraussetzung für die Besondere Zuwendung. Noch besteht für ehemalige politische Häftlinge die Möglichkeit, sich beim zuständigen Landgericht rehabilitieren zu lassen.

Die Verteilung der Zuwendung auf die Altersgruppen gestaltete sich dann

etwas überraschend. Während der älteste Antragsteller 1909 geboren wurde, stammen die jüngsten aus den Jahrgängen um 1970. Schwerpunkt der Zahlungsempfänger seien die Jahrgänge zwischen 1940 und 1955. Dies überrascht, muss man doch feststellen, dass diese Alterskategorie in der VOS unterrepräsentiert ist. Insofern scheint der Zwischenruf unseres Bundesgeschäftsführers Hugo Diederich, man müsse diese Menschen erreichen und für unseren Opferverband interessieren mehr als gerechtfertigt.

Abschließend ein Dank an Herrn Gelhaar, der dieses durchaus auch von Emotionen und subjektiv geprägten Fragen und Kommentaren begleitete Thema bravourös vor den Anwesenden abhandelte. Der Fg-Redakteur wird sich um die Herstellung des Kontakts bemühen und weitere Informationen in der Fg bringen. *Dr. Alwin Haug*

Meinungen zur Verweigerung der Ja-Stimme für die Wahl von Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin des Bundeslandes Hessen

„Solche hinterlistigen Schweine – das hätte ich selbst Jürgen Walter nicht zugetraut.“

Der Landtagsabgeordnete Hermann Schaus und hauptamtlicher Sekretär der Gewerkschaft ver.di.

„Neokonservativer Putsch in der SPD“

Tageszeitung Neues Deutschland

Die Tage des CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch sind gezählt – *Das Online-Magazin der Zeit*

„Ich kann diesen Weg meiner Partei in Hessen nicht mitgehen.“ – Jürgen Walter, SPD-„Verweigerer“



Die Stasi, beauftragtes Handlungsorgan der SED

Marianne Birthler eröffnet Wander-Ausstellung in Duisburg

Vom 28. August bis zum 21. September 2008 wurde in der Duisburger Liebfrauenkirche, die die Wanderausstellung „Staatssicherheit - Garant der SED-Diktatur“ gezeigt. Die Ausstellung dokumentiert die Entstehung, die Aufgaben und die Methoden des Ministeriums für Staatssicherheit auf Tafeln und mit Exponaten und zeigte an exemplarisch ausgewähltem Anschauungsmaterial einen Teil der DDR und ihres Wesens. Sie zeigte, wie das MfS die Macht der SED sicherte und wie es auf innen- und außenpolitische Entwicklungen reagierte und erinnert an die Bürgerbewegung des Jahres 1989. Bisher war die Ausstellung, die von der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU) zusammengestellt wurde, in 75 Städten zu sehen, darunter auch Länder des ehemaligen Ostblocks. Mehr als 270.000 Menschen nutzten die Gelegenheit der Besichtigung.

Nach Duisburg kam sie durch die Initiative der Brüder des dortigen Klosters. Die Liebfrauenkirche bietet durch ihre moderne Architektur – sie bietet klares Bauwerk, das überwiegend aus Stahl und Beton errichtet wurde, nachdem der ursprüngliche Bau 1942 einem Bombenangriff zum Opfer fiel – verschiedenen (auch weltlichen) Zwecken Nutzungsmöglichkeiten. In unmittelbarer Nähe der Kirche befindet sich übrigens die JVA Zweiganstalt Mitte, somit stellt sich also räumlich ein unsichtbarer Bezug zum Gegenstand und den Konsequenzen her, die sich mit den Ausstellungsstücken verbanden – landete doch mancher von der Stasi verfolgte DDR-Bürger in eben jener Einrichtung, deren Fenster meist vermauert und vergittert waren.

Die Eröffnung fand im Beisein der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des MfS Marianne Birthler (Foto) sowie des Duisburger Oberbürgermeisters statt. Dadurch wurde rein äußerlich die Bedeutung der Ausstellung hervorgehoben, zugleich erfuhren die rund sechzig Besucher der Eröffnungsveranstaltung aus kompetenter Quelle, welches Anliegen verfolgt wurde und mit welchen Mitteln das MfS im Auftrag der Staatspartei SED die Bürger überwachte, schikanierte und in permanenter Unmündigkeit hielt.

Anhand einer Luftbildaufnahme der Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße gewannen die Betrachter einen Überblick über die zum MfS gehörenden Gebäude und deren Nutzungsart. Dabei gehörte auch das Untersuchungsgefängnis, bis heute von den einstigen Insassen gefürchtet, zum Anschauungsmaterial. Am Beispiel des inzwischen auf undurchsichtige Weise – die Frage stellt sich, ob an den Spätfolgen eines tückischen Mordes – verstorbenen Regimegegners Jürgen Fuchs erfuh man, wie die Stasi ihre Feinde sprichwörtlich *zersetzte*. Fluchtbeispiele, etwa mit dem Schlauchboot über die Ostsee, erinnerten an die Waghalsigkeit von Ausreisewilligen, an die bis zur Massenflucht in 1989 reichenden Überdrüssigen des Sozialismus. Missachtung des Postgeheimnisses, Spionage und Operationen in der Bundesrepublik belegen eine Großaufnahme von Ulbricht und Honecker, in deren Mitte froh strahlend einer der Nachwende-Liebhaber der Wessis steht:

kein Geringerer als der Oberspion Markus Wolf, zuletzt Fernsehkoch-Star in den einstmals gehassten Medien.

Ebenfalls auf Fotos kann man die stürmische Wendezeit erleben. Nicht nur der Ansturm der Massen durch die großen Städte der DDR wurde festgehalten, sondern auch der mutige Einsatz vor den Stasi-Behörden, als es darum ging, die Akten, in denen Verderben und Gemeinheit festgehalten waren, vor der Vernichtung zu bewahren.

Für die VOS besuchte unsere Kameradin Annerose Höfer-Kerbel die einleitende Veranstaltung, bei der die BStU-Leiterin Marianne Birthler die Gäste durch die Ausstellung führte und Erläuterungen gab. Festzustellen ist, dass inzwischen rund zwei Millionen Anträge auf Akteneinsicht in den 170 km langen Bestand gestellt wurden und seit drei Jahren die Zahl der Interessenten weiter steigt. Die Stasi hatte 91.000 offizielle und 190.000 inoffizielle Mitarbeiter. Durch das EDV-gestützte Projekt sollen nun zunehmend auch Akten rekonstruiert werden, die ursprünglich durch den Reißwolf gegangen und für lange Zeit als nicht mehr lesbar galten.

B. Thonn



Landesgruppe Sachsen wählte neuen Vorstand

Am 11. Oktober 2008 wählte die Landesgruppe der VOS Sachsen in Anwesenheit von Johannes Rink, Bundesvorsitzender, einen neuen Vorstand. Auf dem Foto sind die Vorstandsmitglieder v. l. n. r. zu sehen: Rosemarie Studera, Rechnungsprüferin, Reiner Schenk, stellvertretender Landesvorsitzender, Holker Thierfeld, stellvertretender Landesvorsitzender, Bernd Müller Kaller, Landesvorsitzender, Lothar Baumann, stellvertretender Landesvorsitzender.

Foto u. Info: VOS Sachsen



„Wir werden Sie brechen und wenn das nicht reicht, werden wir Sie zermalmern.“

Vierzig ehemalige politische Häftlinge treffen sich zur Denkmalseinweihung in Bützow

Wie in den letzten Jahren auch, trafen sich in diesem Oktober wiederum ehemalige politische Häftlinge des ehemaligen Zuchthauses im mecklenburgischen Bützow. Auf dem Programm des drei Tage währenden Treffens standen Vorträge zum Thema Umgang mit der Betrachtung und Bewertung von DDR, SED und Staatssicherheit. Eindeutiger Höhepunkt war die Übergabe eines Mahnmals, das von dem Güstrower Künstler Sven Dommann geschaffen worden war und den politischen Häftlingen in den Gefängnissen von Bützow zwischen 1945 und 1989 gewidmet sein sollte. Im Ergebnis des Treffens forderten die ehemaligen Häftlinge eine kritische Auseinandersetzung mit der SED-Herrschaft. Sie verwiesen dabei auf ihre durch Entrechtung, Überwachung, Inhaftierung und Ausgrenzung geprägten eigenen Lebensläufe, deren Folgen noch heute spürbar seien.

Lesen Sie nachstehend den Bericht von Rainer Buchwald:

40 ehemalige politische Häftlinge, die im Bützower Strafvollzug saßen, haben sich auch dieses Jahr im Oktober in Bützow wieder getroffen. Zum einen, um das Mahnmal einzuweihen und zum anderen, um Erinnerungsarbeit zu leisten. Darin ist Bützow vorbildlich und hat über die Stadtgrenzen hinaus große Bedeutung.



„Wir werden Sie brechen und wenn das nicht reicht, werden wir Sie zermalmern.“ Eine Drohung, die VOS-Mitglied Professor Dr. Gerhard Meinl oft gehört hat, während seines Gefängnisaufenthaltes in Bützow von 1954 bis 1958. Er ist einer von 40 ehemaligen politischen Häftlingen, die sich vom 13. bis zum 16. Oktober zum sechsten Mal in Bützow getroffen haben, um der Zeit im einstigen Gefängnis zu gedenken. Höhepunkt war die Einweihung des eisernen Mühlensteines am Krümmen Haus. Ein Symbol für die Widerständler, die sich gegen das System aufgelehnt haben und gebrochen wurden.

„1954 wurde ich wegen illegaler Tätigkeit verhaftet und ins Bützower Untersuchungsgefängnis gebracht“, sagt Meinl, der mit dem Verein „Verband ehemaliger Rostocker Studenten“ die Gedenkstätte initiierte.

Vier Jahre später wird er entlassen. Seine Erinnerungen an diese Zeit vergisst er nicht. Die sechs Quadratmeter große Zelle habe er sich mit sieben weiteren Gefangenen geteilt. „Tagsüber mussten wir stehen, nachts haben wir aneinander gepfercht auf dem Zellenboden geschlafen“, erzählt der 83-Jährige. Strapazen, die kaum auszuhalten waren. Er fordert: „So etwas darf sich nicht wiederholen, die Jugend muss gewarnt werden.“ Das Mahnmal sei für die nachfolgenden Generationen bestimmt und diene der Auseinandersetzung mit dem Thema. Denn „auch Demokratie muss immer wieder neu erkämpft werden“. Der Mühlenstein steht neben dem Denkmal, das an die ermordeten Juden erinnert.

In Sachen Vergangenheitsbewältigung nimmt die Stadt, die 150 Jahre Gefängnis Erfahrung besitzt, eine besondere Stellung ein. Das bestätigt Dr. Andreas Wagner vom Verein Politische Memoriale. „In Bützow-Dreibergen sind sämtliche Häftlinge der DDR eingesperrt worden“, sagt Wagner. „Diese Geschichten tauchen also immer wieder in den Lebensgeschichten der Menschen auf.“ Die Aufarbeitung äußere sich auch in den Ausstellungen, Veranstaltungen und nun dem Denkmal. „Das Bild der Diktatur ist hier in ein Kunstwerk gebracht worden und es regt zum Nachdenken an“, so Wagner.

Das Besondere in Bützow: Die Stadt übernehme Verantwortung für ihre Vergangenheit und leistet sehr viel für die Aufarbeitung. Nirgendwo sonst kommen noch so viele ehemalige Häftlinge zusammen. Und das seit sechs Jahren.

Auch die dunklen und düsteren Seiten müssen von jungen Leuten zur Kenntnis genommen werden. „Sie sollen motiviert werden, sich für die Erhaltung der Demokratie einzusetzen“, so Wagner.

Gerhard Meinl hat noch einen Wunsch: Dass die Stadt durch die Gedenkstätte einen Imagewechsel vornimmt und über die Grenzen hinaus beweist, dass man hier der Verantwortung gerecht wird.

„Der Knast ist der größte Arbeitgeber, nicht sehr rühmlich für diese Stadt.“ *Rainer Buchwald*

Das Foto zeigt die VOS-Kameraden Heinz Zierow, Werner Sauerzweig und Siegfried Jahnke (v. l.). Heinz Zierow und Siegfried Jahnke waren mehrere Jahre in Bützow inhaftiert, Werner Sauerzweig brachte mehr als acht Jahre u.a. im ehemaligen KZ Buchenwald zu.

Urteil wird noch einmal angefochten

Berufungsverhandlung gegen Kamerad Fritz Schaarschmidt anberaumt

Fg Obwohl das Vorhaben wenig Aussicht auf Erfolg haben dürfte, wird das Urteil des Landgerichts Augsburg, das die Klage eines früheren Mitarbeiters der DDR-Volksbildung gegen Fritz Schaarschmidt abgewiesen hatte, nun doch noch vom Münchner Oberlandesgericht geprüft. Neuer Verhandlungstermin ist der 10.12. 2008 um 10.35 Uhr, Verhandlungsort wiederum Augsburg. Obwohl man kaum davon ausgehen kann, dass diesmal ein anderes Urteil gesprochen wird, ist doch die Fortsetzung des Prozesses für Fritz Schaarschmidt nervenaufreibend. Der inzwischen 66-jährige Kamerad hat allein durch seine Ausreiseträge, durch den Tod der Frau und durch den Verlust vieler persönlicher Dinge ein schweres Schicksal hinter sich.

Viele namhafte Persönlichkeiten erwiesen ihm die letzte Ehre

Ellen Thiemann berichtet über ihre positiven Erfahrungen mit Rechtsanwalt Wolfgang Vogel

Auf Grund der zweifelhaften Veröffentlichung eines ehemaligen Mandanten von Rechtsanwalt Professor Dr. Wolfgang Vogel nach dessen Tod erreichten mich in den letzten Tagen unzählige empörte Anrufe von Leidensgefährten. „Ausgerechnet dieser Wichtigtuer breitet seinen Schmutz über unseren Retter in der Not aus!“ – „Diese verkrachte Existenz soll doch still sein, einmal zieht er über seine Lebensgefährtinnen her, jetzt über Vogel.“ – „Was für ein missgünstiger Feigling, einen Toten zu beschimpfen. Mir hat Vogel nach 18 Jahren DDR-Zuchthaus mit großem persönlichem Einsatz geholfen“, so oder ähnlich lauteten die Kommentare.

Ich gönne Rechtsanwalt Vogel auch im Nachhinein seine kleine Zwei-Zimmer-Wohnung am Schliersee. Ich gönne ihm seinen Professorentitel und seinen goldmetallfarbenen Mercedes. Ich gönne ihm den antiquarischen Schrank und die Kristallgläser. Das alles hat er sich gewiss nicht von meinem „Honorar“ angeschafft, sondern im Laufe eines erfolgreichen Juristenlebens ehrlich verdient. „Wenn Ihr Ex-Mann behauptet, Ihre Verteidigung habe ihn viel Geld gekostet, dann ist das eine glatte Lüge“, erklärte mir Wolfgang Vogel voriges Jahr bei einem Treffen. „Meine Bezahlung wurde von anderer Seite abgewickelt.“ Zugegeben: Mir persönlich ist es piepegal, ob Rechtsanwalt Vogel für seine Arbeit von der Kirche, von Regierungen in Ost und West oder vom Heiligen Geist bezahlt wurde. Hauptsache, wir erhielten endlich unsere Freiheit!

Und die durfte ich am 19. Dezember 1975 schnuppern. Mit meinem Sohn reiste ich ab Berlin-Friedrichstraße mit dem Zug gen Köln. 1972 hatten mich die Stasi-Schergen wegen geplanter Republikflucht verhaftet. Im Hauptuntersuchungsgefängnis des MfS wurde ich gefoltert, weil ich meinen Mann, den ehemaligen Fußballspieler von Dynamo Berlin und späteren Sportredakteur vom „Sportecho“, nicht verriet. Die Quittung für meine Standfestigkeit: Drei Jahre und fünf Monate übelstes Zuchthaus mit Doppelzwangsarbeit! Erst im Jahr 2000 erfuhr ich aus den Stasi-Akten bei der Gauck-Birthler-Behörde: Klaus Thiemann alias Stasi-Spitzel IM „Mathias“ hatte seine Familie ans Messer geliefert, um Karriere zu machen, weil er im Jahr unserer Fluchtplanung mit einer Krankenschwester in Rudolstadt ein Kind bekommen hatte und gleichzeitig auch noch mit einer Dramaturgin am selben Ort fest liiert war. Glücklicherweise sind die meisten Leidensgefährten dankbar und fair gegenüber Rechtsanwalt Vogel, der mit 82 Jahren im August dieses Jahres verstarb. Nur wenige Wochen nach Vogels Tod versucht ausgerechnet ein Nutznießer der Freikäufe ihn mit Schmutz zu bewerfen. Vogel „habe vom Elend der Opfer profitiert und sei dabei reich geworden“, schwadroniert er. Nicht Vogel hat den Freikauf von politischen Häftlingen erfunden, er fungierte lediglich als Vermittler zwischen Ost und West.

Kein Wunder also, dass so hochkarätige Persönlichkeiten wie Dr. Hans-Jochen Vogel, Dr. Jürgen Schmude, Hans-Otto Bräutigam, Wirtschaftssenator Elmar Pieroth, der amerikanische Botschafter a. D. Francis Meehan, Rechtsanwalt Reymar von Wedel, der österreichische Botschafter a. D. Friedrich Bauer, die Prälaten Gerhard Lange und Hellmut Puschmann und viele mehr Wolf-

gang Vogel die letzte Ehre erwiesen. Auch ich nahm an dem würdevollen Begräbnis am Schliersee teil.

„Widerlich, ekelhaft“, beurteilt Rechtsanwalt Hartmut Krüger aus Berlin die jüngsten Angriffe des mehrfach negativ in die Schlagzeilen geratenen Prototyps eines Versagers. „Wenn so ein Würmchen in schlimmster Fäkaliensprache sich heute auslässt über Vogel, macht mich das wütend. Wie haben sie ihn doch alle angefleht, als sie sich in den Fängen der SED- und Stasi-Clique befanden! Das scheinen einige total vergessen zu haben.“ Als Junior-Partner von Rechtsanwalt Jürgen Stange, Vogels Mittelsmann im Westen, hatte Krüger Jahrzehnte lang vollen Einblick in die Abläufe des Freikaufs. O ja, was haben wir gezittert und gefleht, dass unsere Leidenszeit endlich ein Ende finden möge! „Auf Transport nach Westen“, diese Parole geisterte jeden Monat in den eiskalten Mauern vom Frauenzuchthaus Hoheneck durch die überbelegten Zellen. Und wenn sich jetzt solch ein Schmierfink erdreistet, Vogel in einem Atemzug mit Gregor Gysi und dem letzten DDR-Justizminister Kurt Wünsche zu nennen, dann ist das mehr als beschämend.

Ich kann nur allen empfehlen: Lest das Kapitel



„Rechtsanwalt Vogels Mission“ (S. 126-136) in meinem Buch „Der Feind an meiner Seite“. Dort erfährt man auf zehn Seiten Konkretes zum Thema Freikauf, aber auch über Tatsachen, die kein anderer Journalist aus Vogels Leben je zu hören bekam. Auf Bitten einiger Haftkameraden hatte ich den längst im Ruhestand befindlichen Rechtsanwalt Vogel bis Anfang 2008 mehrfach um Hilfe bei unklaren Sachverhalten bemüht. Obwohl er durch intensives Suchen in Archiven meist tagelang damit beschäftigt war, hat er sich diese zeitaufwändige Arbeit nicht ein einziges Mal vergüten lassen! Bezeichnend: Zwei Personen, die diese Hilfe besonders umfangreich in Anspruch nahmen, hetzen ungeniert weiter gegen ihn und verbreiten Lügenstorys. E. Thiemann (Text u. Foto)

Wolfgang Vogel starb im August 2008. Als beauftragter Rechtsanwalt für die Abwicklung des Häftlingsfreikaufs auf Seiten der DDR kamen fast alle in die Bundesrepublik vermittelten politischen Häftlinge mit seinem Berliner Büro in der Reiler Straße in Berührung. Anfang 1990 verteidigte er zunächst auch Erich Honecker, als dieser vor Gericht stand. 1975 hatte er in der DDR den Vaterländischen Verdienstorden in Gold erhalten. Hohe Orden erhielt er auch in Schweden und Österreich.

An Kloster Drübeck: Massiver Vorwurf der Geschichtsklitterung unvermeidbar

Gregor Gysi wurde zu einem Fortbildungsvortrag über soziale Gerechtigkeit eingeladen – und das auch noch in eine kirchliche Einrichtung in Sachsen-Anhalt

Kloster Drübeck ist ein ehemaliges Benediktinerinnen-Kloster in Drübeck am nördlichen Harzrand in Sachsen-Anhalt. Seine Geschichte geht mehr als tausend Jahre zurück, lange wurde es als Nonnenkloster genutzt, bis es nach 1946 für andere Zwecke übernommen wurde. Es ist heute eine Tagungsstätte der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen mit einem Pädagogisch-Theologischen Institut und einem Pastoralkolleg. Aufsehen erregte der Ort, als kürzlich bekannt wurde, der Politiker der LINKEN Gregor Gysi solle dort vor Lehrern einen Vortrag über soziale Gerechtigkeit im Deutschland dieser Tage halten. Daraufhin regten sich vor allem unter den Opfern und Widerständlern der ehemaligen DDR vehemente Proteste; Kirchenangehörige, Gläubige fühlten sich missbraucht: Kann ausgerechnet der Repräsentant einer untergegangenen Diktatur, die nahezu rundum der Aufarbeitung harrt, kompetenter Urteils-sprecher über unsere heutige Gesellschaft sein? Zudem wurde wieder die Frage aufgeworfen, ob es in der Birthler-Behörde belastendes Material gegen Gysi gibt.

Auch innerhalb der VOS und in anderen Opferverbänden regte sich heftiger Widerspruch. Protestbriefe fanden ihren Weg zu Herrn Pfarrer Christoph Carstens, den Seelsorger dieser evangelischen Einrichtung. Die Frage, warum er ausgerechnet Gregor Gysi einladen musste, wurde gestellt. Ob Herr Carstens selbst oder sein Vorgänger oder gar die zum Vortrag erscheinenden Zuhörer, meist Lehrer, diese Einladung an Gregor Gysi veranlassten, bleibt offenbar unbeantwortet.

Nachstehend veröffentlichen wir – stellvertretend für die anderen Protestschreiben – den Brief unseres Kameraden Reinhard Golde, der die Haltung der ehemaligen politischen Häftlinge der DDR deutlich und umfassend zum Ausdruck bringt.

Sehr geehrter Herr Carstens,

Mit Entsetzen habe ich die Nachricht aufgenommen, dass ausgerechnet der Vertreter der nunmehr in „Die Linke“ viermal umbenannten SED, Gregor Gysi, als Referent am Buß- und Betttag in Ihrer Einrichtung zum Thema „Wie gerecht ist unsere Gesellschaft?“ referieren soll. Für mich als ehemaligen politischen Häftling des SED-Regimes ist dies ein völlig unakzeptables Vorhaben, zumal diese Veranstaltung als „Fortbildung“ für Lehrkräfte angeboten wird.

Einer kürzlich veröffentlichten Studie zufolge haben Schüler und Heranwachsende, besonders in den neuen Bundesländern, ein erschreckendes Wissensdefizit über den „real dahingesiechten“ Sozialismus in der ehemaligen DDR.

Es ist eine dreiste Zumutung, wenn diejenigen, die mit ihrer ruinösen Politik auf dem Rücken der Bevölkerung der DDR, für die Zustände bis 1989 verantwortlich waren, jetzt wieder die sozialen Lehrmeister spielen wollen.

War es sozial und gerecht,

- dass es in der DDR kein Streikrecht und keine freien Gewerkschaften gab?
- dass die Menschen stundenlang für Waren des täglichen Bedarfs anstehen mussten?
- dass die damaligen Löhne niedriger waren als heute die Renten?
- dass der Lebensstandard in der DDR nur ein Drittel von dem der alten Bundesrepublik ausmachte?
- dass es weder Reisefreiheit noch freie Meinungsäußerung und Versammlungsrecht gab?
- dass man, wenn man sich kirchlich engagierte, mit Nachteilen bei der Schul- und Berufsausbildung zu rechnen hatte?

Dies sind nur ein paar selektive Fragen, deren Liste sich noch Seiten lang fortsetzen ließe.

Ich bitte Sie, Herr Pfarrer Carstens, bei der Auswahl Ihrer „Referenten“ zukünftig auf Protagonisten vom Schlage Gysi und Co. zu verzichten.

Sie könnten sich damit dem berechtigten Vorwurf der Geschichtsklitterung und – verfälschung entziehen.

Reinhard Golde

Sehr treffend formulierte VOS-Kamerad Alex Latotzky in einem ebenfalls an Pfarrer Carstens gerichteten Brief seine Bedenken:

Ich bin ganz sicher nicht so bibelfest wie Sie, aber mir fällt dazu wirklich nur noch die Bergpredigt ein, in der Jesus die Frage stellt „Kann etwa ein Blinder einen Blinden leiten?“ Hält die Evangelische Kirche Herrn Gysi ernsthaft für den kompetenten Mann für diese Fragen oder bilden Sie hier nur die Ausnahme?

Anm. d. Red.: Ob das Fortbildungsseminar mit Gregor Gysi wirklich stattfand, entschied sich nach Redaktionsschluss dieser Fg-Ausgabe.

Natur kontra Gedenken?

Wer kümmert sich um das Kreuz?

Im September 2008 fuhren wir die Strecke Neustadt – Sonneberg entlang, auf der man die ehemalige innerdeutsche Grenze überquert. Hier suchte ich nach dem Gedenkkreuz (Aufschrift: Zum Gedenken an die Opfer der Teilung Deutschlands). Kreuz und Baum (bei der Einweihung gepflanzt) sind zugewachsen, und offensichtlich ist niemand dafür zuständig. Es wurde am 2. Oktober 2006 aufgestellt. Wer ist dafür zuständig?

Günther Kühme



AUSREISEBEWEGUNG UND BOTSCHAFTSBESETZUNGEN – WICHTIGE FAKTOREN ZUR BESEITIGUNG DER SED-DIKTATUR

Im September 2008 jährte sich die Besetzung der dänischen Botschaft in Ostberlin zum 20. Mal
Fortsetzung aus Fg 673 Von Dr. Wolfgang Mayer

In der vorigen Ausgabe der Fg brachten wir einen politisch und geschichtlich wichtigen Beitrag von Dr. Wolfgang Mayer über die Botschaftsbesetzungen in der DDR und die damit verbundene wichtige Rolle der Ausreisebewegung im Hinblick auf die in der DDR stetig schwebende revolutionäre Situation, die ab 1989 auch in den gewaltigen Bürger-Demos mündete.

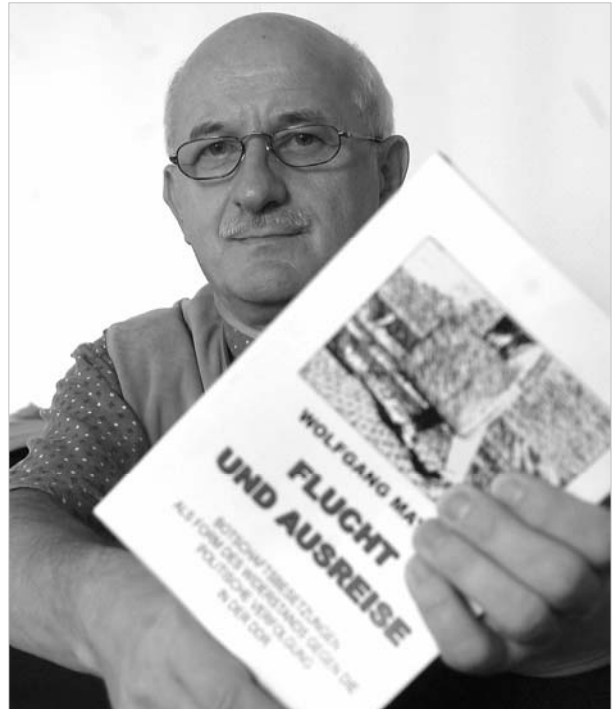
Im nachstehenden Beitrag setzen wir die Schilderungen des Autors mit dem abschließenden Teil fort. Vorab sei daran erinnert, dass die Botschaftsbesetzung, die Dr. Mayer gemeinsam mit 17 weiteren DDR-Bürgern — inszenierte, im September zwanzig Jahre zurücklag. Die mutigen Frauen, Kinder und Männer aus dem thüringischen Ilmenau wollten sich damit den Weg in die Freiheit bahnen und ihre Ausreise in den Westen durchsetzen. Die Besetzung erfolgte nur wenige Tage vor der Ankunft des damaligen dänischen Staatsministers Poul Schlüter, der zu Gesprächen mit DDR-Parteichef Erich Honecker anreiste. Doch der dänische Botschafter in Ost-Berlin handelte schnell. Er forderte ein hundertköpfiges Rollkommando von der Stasi an, und so fand die mutige Aktion, die zehn Monate vor der großen Besetzung in Prag erfolgt war, nach 15 Stunden ihr Ende. Was folgte, waren Aburteilungen zu Haftstrafen und die Bewilligung der Ausreise durch die Vermittlung von Dr. Vogel im Februar 1989. Was fehlt, und zwar bis heute, das ist eine ehrliche, offizielle Entschuldigung der dänischen Regierung, die mit ihrem Begehren an das MfS gegen die Grundsätze des Menschenrechts verstieß.

Die nachgewiesenen effizienteste Form des Dokumentierens von Ausreisebegehren war nach Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki die Festsetzung in diplomatischen Missionen westlicher Staaten. Diese Festsetzungen verliefen allesamt friedlich. Der gewaltfreie Widerstand nach GANDHISchem Vorbild war also als erfolgreiches Mittel der restriktiven Politik eines totalitären Regimes entgegengesetzt worden. Einer Diktatur, die ansonsten unerbittlich gegen ihre Kritiker vorgegangen ist.

Der Domino-Effekt

Als politisch wirksamste Botschaftsbesetzungen vor dem Zusammenbruch des SED-Regimes galten die der Prager Botschaft 1984 – mit der Flucht der Nichte des DDR-Ministerpräsidenten – sowie die der Botschaft des Königreichs Dänemark in Ostberlin 1988 vor genau 20 Jahren. Beide fügten dem kommunistischen Regime sowohl außen- als auch innenpolitisch schwersten Schaden zu. Während sich die DDR nach 1984 zumindest innenpolitisch wieder zu stabilisieren vermochte, lösten die Botschaftsfluchten nach der Besetzung der dänischen Botschaft bereits im Spätherbst 1988 einen Domino-Effekt aus, der den Anfang vom Ende der DDR einleitete. Hierbei spielten westliche Medien eine nicht unerhebliche Rolle. Lange genug hatten sie sich aufgrund der sich entwickelnden „gutmacharschaftlichen“ deutsch-deutschen Beziehungen zurückhalten müssen. Das Ministerium für Staatssicherheit wusste um die Gefahr, die durch eine offene Berichterstattung über Flucht, Ausreise und Botschaftsbesetzungen entstehen konnte und bisweilen auch entstand. Um Nachahmungen zu verhin-

dern, diffamierten die führenden SED-Funktionäre westliche Veröffentlichungen sofort als Medienkampagnen und drohten beispielsweise mit Einschränkungen im innerdeutschen Reiseverkehr. Nicht ohne Erfolg: Denn immer wieder ließen sich die Meinungsmacher der Bundesrepublik einschüchtern; mitunter sogar von der eigenen Regierung, wie in den Akten nachzulesen ist.



Wolfgang Mayer gehört zu jenen Kameraden, denen die wahre Darstellung der DDR nicht gleichgültig ist. Sowohl in der Theorie (hier mit seinem Buch „Flucht und Ausreise“, das er vor vier Jahren veröffentlichte) wie auch bei realen Widerstands- und Protestaktionen scheut er keinen Einsatz.

„Kampagne zur Diskreditierung der DDR anlässlich des 35. Jahrestages ihrer Gründung“, hieß es am 7. Oktober 1984, und „zügellose Hetzkampagne“ genau fünf Jahre später - unmittelbar vor dem Zusammenbruch des SED-Regimes, als sich die Botschaften mit ausreisewilligen Menschen aus der DDR gefüllt hatten. In beiden Fällen berichteten westliche Medien über die Ständige Vertretung in Ostberlin, über Prag und Budapest; in beiden Fällen versuchte die DDR-Regierung, ihre Unfähigkeit, die Menschen im Lande zu halten – und damit ihre politische Instabilität – zu kaschieren. Hätte es tatsächlich derartige Kampagnen gegeben, wäre ein Fortbestehen der DDR bis ins Jahr 1989 undenkbar gewesen. Die Macht der Medien – hier: der Verzicht auf Macht – war es, die der DDR eher zur Existenzverlängerung diente.

Das Ministerium für Staatssicherheit registrierte allein im Monat November 1988 104 schwerwiegende oppositionelle Handlungen von „Übersiedlungersuchenden“, die in größeren Gruppen agierten und – nicht selten unter dem Dach der Kirche – die volle Aufmerksamkeit der staatlichen Organe auf sich zogen. Es handelte sich um Gesprächs- und Arbeitskreise, Friedensgebete, Schweigemärsche, demonstrative Treffen („Zusammenrottung“)

auf Straßen, Plätzen oder gastronomischen Einrichtungen, Arbeitseinsätze, Aktionstage usw. Diese Zahl, die nicht einmal als Fußnote in der deutsch-deutschen Geschichte Eingang finden wird, ist nur als Bruchteil der tatsächlich vollzogenen, vom MfS nicht bemerkten bzw. bewusst nicht (mehr) registrierten Oppositionshandlungen aufzufassen. Dennoch ist die These, dass nicht das Jahr 1989, sondern bereits das Jahr 1988 als Jahr der politischen Wende in der ehemaligen DDR zu bezeichnen ist, durchaus ernst zu nehmen. NEUBERT sieht das ähnlich: Mit Entstehen größerer Ausreisegruppen bereits Anfang 1988, als es zu einer „Verbindung von oppositionellen Anliegen mit den Zielen der Ausreisebewegung“ gekommen war, wurde der Opposition die „politische Energie der deutschen Frage zugeführt, die unmittelbar in die revolutionären Ereignisse des Herbstes 1989 einmündete.“⁵ Daher ist der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration Mitte Januar 1988 in Ostberlin entscheidende Bedeutung beizumessen. Die darauf folgenden Abschiebungen in den Westen waren nicht - wie von der SED-Führung beabsichtigt - geeignet, den Widerstand zu brechen und die Lage im Lande zu beruhigen, sondern provozierten zwangsläufig massenweise Nachahmungen.

Genschers richtige Order

Dieser Wendepunkt im Wendejahr 1988 bescherte der SED-Diktatur eine Ausreisebewegung, die sich zu einer Massenbewegung entwickelte und schließlich zur Massenabwanderung führte. Die Tatsache, dass das sozialistische Lager in reformwillige und -unwillige Staaten gespalten war, leistete dieser Entwicklung bis hin zum ökonomischen und politischen Zerfall jenes monolithischen Ostblocks entscheidenden Vorschub. In diesem Zusammenhang muss das richtige Verhalten der westlichen Außenpolitik erwähnt werden: Die parlamentarischen Demokratien witterten nicht nur ihre Chance, durch den aktiv und passiv geförderten politischen Reformprozess langfristig neue Wirtschaftspartner mit ungeheurem Potential zu finden, sondern sie nutzten sie auch. Zur passiven Förderung gehörte das korrekte Verhalten der Diplomaten in den bundesdeutschen Missionen der Ostblockstaaten. Das Schweigen der SED-Führung zur Welle der Botschaftsfluchten im Sommer und Herbst 1989 war nicht nur Ausdruck dafür, dass sie keine Antwort auf die Forderungen nach politischen Reformen hatte, sondern auch für die Richtigkeit Hans-Dietrich GENSCHERs Order, ausreisewillige Botschaftsflüchtlinge entgegen dem Willen der SED-Führung nicht ausweisen zu lassen.

Die Ausreiseantragsteller trugen sowohl durch ihre dauerhafte Renitenz während des Kampfes um ihre Ausreisebegehren in der DDR als auch nach erfolgter Übersiedlung in die Bundesrepublik - zum Beispiel durch zahllose Rückverbindungen - entscheidend zur Dynamisierung der Ausreisebewegung bei. Sie stärkten auf diese Weise ein Widerstandspotential, das letztendlich in Verbindung mit der im Sommer 1989 sprunghaft angestiegenen Fluchtbewegung die Öffnung der deutsch-deutschen Grenze erzwang und die Beseitigung der SED-Diktatur endgültig besiegelte.

Dr. Wolfgang Mayer (Text, Foto: privat)

5 NEUBERT, Ehrhart; Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989; Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1997, S. 677

CDU-Generalsekretär von Niedersachsen traf sich mit VOS-Landesspitze

Anerkennung von Ansprüchen der Opfer des DDR-Regimes dringend erforderlich

Anlässlich des Gedenkens an den Bau der Berliner Mauer empfing am 13. August dieses Jahres der Generalsekretär der CDU in Niedersachsen Ulf Thiele eine Delegation des Landesverbandes Niedersachsen der VOS unter Leitung des Landesvorsitzenden Peter Reihs in der Landesgeschäftsstelle der CDU zu einem zweistündigen Gespräch. Die Kameraden der VOS gingen dabei auf das weiter bestehende Hauptanliegen des Verbandes ein, die unbürokratische und zügige Anerkennung von Ansprüchen der Opfer des DDR-Regimes nach den drei Rehabilitierungsgesetzen – beruflich, strafrechtlich und verwaltungsrechtlich – zu verbessern und zu vereinfachen. Ebenso muss nach wie vor mehr getan werden, um alle SED-Opfer in den Vorzug der Opferrente kommen zu lassen.

Wichtiges Gesprächsthema war zudem die mangelnde Vermittlung eines klaren Geschichtsbildes über die Zeit von 1945 bis 1989. Zu wenige Schülerinnen und Schüler – übrigens nicht nur in Niedersachsen – wissen heute kaum noch etwas über die Verbrechen innerhalb der DDR-Diktatur. Wie schon mehrfach in der Fg berichtet belegen Umfragen, welche Wissensdefizite junge Menschen bezüglich der SBZ und der DDR haben. Bei dem Treffen mit Generalsekretär Ulf Thiele wurde nun auf eine Studie des Forschungsverbundes an der Freien Universität Berlin verwiesen. Hier wurde herausgearbeitet, dass 90 Prozent der befragten Schülerinnen und Schüler aus Nordrhein-Westfalen angaben, wenig oder nichts über die DDR zu wissen. Um diesem Trend entgegen zu wirken, vereinbarte Ulf Thiele mit den Vertretern des VOS die Schaffung eines Referentennetzwerkes. In diesem Rahmen könnten in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Kultusministerium den Schulen in Niedersachsen Zeitzeugen als Referenten vorgeschlagen werden, die den Schülerinnen und Schülern ihre eigene Lebensgeschichte als authentisches Beispiel der Verbrechen des SED-Regimes näher bringen.

Ulf Thiele wies auf die vielen hundert Toten hin, die an der früheren innerdeutschen Grenze bei Fluchtversuchen ihr Leben lassen mussten. Auch die erschreckenden Einzelschicksale von nahezu 250.000 politischen Häftlingen der DDR und der Millionen durch die Stasi bespitzelten DDR-Bürger ließ er nicht unerwähnt. Zudem stellte er fest, dass die SED-Nachfolgepartei 'Die Linke' sich bis heute einer umfassenden Aufarbeitung der DDR-Diktatur und der SED-Verbrechen verweigere. Wörtlich sagte Ulf Thiele: „Vertreter der Linken bezeichnen noch heute die DDR als '40 Jahre lang den friedlicheren und sozial gerechteren Teil Deutschlands'“,

Für die VOS-Landesgruppe dürfte die Zusammenarbeit mit der niedersächsischen CDU eine Möglichkeit sein, politisch noch mehr Einfluss zu gewinnen und auch im Bildungswesen nützliche Arbeit zu leisten. Diese Konstellation sollte auch auf andere Bundesländer Vorbildwirkung haben. *Infos: Internet, CDU-Nds.*

Freude über Auszeichnung, aber auch eine Ehrung des gesamten Verbandes!

Ministerpräsident Böhmer überreicht Wolfgang Stiehl das Bundesverdienstkreuz am Bande

Wenige Tage, bevor sich der denkwürdige 9. November zum 19. Mal jährte, erhielt unser verdienter Magdeburger Kamerad Wolfgang Stiehl das Bundesverdienstkreuz am Bande. Wolfgang Stiehl, der in Sachsen-Anhalt und hier vor allem in seiner Heimatstadt Magdeburg unermüdlich für die VOS und die ehemaligen politischen Häftlinge aus SBZ und DDR aktiv ist, trug wesentlich zur Gründung der VOS-Bezirksgruppe bei und unterstützte die Bildung einer Landesgruppe, er trat – nicht nur in Sachsen-Anhalt – für die Interessen der SED-Opfern ein und war an der Durchsetzung der Ehrenpension für die ehemaligen politischen Häftlinge beteiligt. Er engagiert sich umfassend in der politischen Bildung für Schüler-, Studenten- und Lehrergruppen, hält selbst Vorträge und ist auch in den regionalen Medien präsent. Zugleich arbeitet er im Gedenkstättenbeirat des Landes Sachsen-Anhalt und in der Beratergruppe der Gedenkstätte „Roter Ochse“ mit und versucht hier – mit unterschiedlichem Erfolg – auch konstruktiv mit den Opferverbänden der NS-Diktatur zusammenzuarbeiten.

Dass Wolfgang Stiehl bereits 1952 zum Opfer der stalinistischen Diktatur wurde, hängt mit seiner kritischen Einstellung und den konkreten Initiativen gegen das Unrechtsregime der DDR zusammen. So reiste er als 18-Jähriger nach West-Berlin, um dort mit dem „Feindsender“ RIAS Kontakt aufzunehmen. Da er einen GM im Gefolge hatte, wurde er verraten und zurück in den Osten geschafft. Er erhielt eine Haftstrafe von sechs Jahren, wurde jedoch nach dreieinhalb Jahren im Rahmen einer Amnestie entlassen. Danach gelang ihm eine in fachlicher Hinsicht anerkanntswerte Karriere, die jedoch frei von politisch prokommunistischen Bekenntnissen war. Nach der Wende arbeitete Kamerad Stiehl umfassend in der VOS mit, agierte mehrere Jahre im Bundesvorstand und suchte immer wieder den Kontakt zu Politikern und zur LStU.

Alle, die Wolfgang Stiehl kennengelernt haben, gönnen ihm diese Ehrung von Herzen und wünschen (ihm und der VOS), dass er noch lange so aktiv wie bisher bleiben möge.

Anlässlich der Überreichung des Verdienstkreuzes trat Wolfgang Stiehl zu einer Ansprache an das Rednerpult, in der er nicht nur sein eigenes Schicksal in den Mittelpunkt stellte, sondern in dem auf die Belange der vielen Opfer des Kommunismus eingegangen wurde. Und, was sehr erfreulich und nicht immer selbstverständlich ist, Kamerad Stiehl dankte darin auch – stellvertretend für die Frauen aller VOS-Mandatsträger – seiner Gattin für deren Unterstützung. Nachstehend veröffentlichen wir einige Auszüge der Ansprache. Der komplette Wortlaut ist ab sofort auf der Web-Site der VOS, deren Gestalter Wolfgang Stiehl ebenfalls seit vielen Jahren ist, nachzulesen.

„Für die Herrscher in allen Diktaturen ist es eine unabdingbare Notwendigkeit, einen oft willkürlich ausgewählten Teil der Bevölkerung stellvertretend für die Mehrheit der Diktaturgegner, zu repressieren um die erforderliche Angst zur – wenn auch zähneknirschenden – Anpassung an die Diktatur zu erzeugen. Hierzu zählen, mit über einer viertel Million strafrechtlich rehabilitierter Bürger der untergegangenen DDR, auch die Mitglieder unserer Vereine.



Ganz anders – mit deutlich positivem Vorzeichen – sehe ich meine heutige Auszeichnung als Ehrung, stellvertretend für Alle, die sich in unseren Vereinen für die Aufarbeitung der Vergangenheit durch Zeitzeugentätigkeit einsetzen.

Ebenso setzten und setzen wir uns natürlich auch für die Anerkennung der Leiden aller von politischer Verfolgung Betroffenen durch unsere demokratische Gesellschaft, ein.

Eine kleine Opferrente mit Bedürftigkeitsklausel, die im Gesetzestext „Besondere Zuwendung“ heißt, haben wir nach 17 Jahren zäher Anstrengungen schon erreichen können.

Die Gefährdung unserer Demokratie von Rechts wird berechtigterweise sowohl auf der gesetzgeberischen Seite, aber auch mit vielen Aktivitäten unserer Gesellschaft bekämpft.

Wir wollen einfach nicht verstehen, weshalb eine Verherrlichung der kommunistischen Diktaturen und Beleidigungen und Verhöhnungen von Opfern dieser anders gearteten, aber ebenfalls verbrecherisch handelnden Diktatur noch immer straffrei sind. Wo bleibt da der Gleichheitsgrundsatz? Ich möchte deshalb abschließend in meinen Dankesworten den dringenden Appell an die Fraktionen aller demokratischen Parteien und natürlich an deren Mandatsträger richten, sich dafür einzusetzen dass die diesbezüglichen Empfehlungen der Europäischen Parlamentarier ernsthaft auf ihre Umsetzungswürdigkeit in Deutschland geprüft und eben möglichst zügig umgesetzt werden.

Hugo Diederich

Wir trauern um

**Heinrich Dudeck
Paul Strech
Martin Lauer**

**Bezirksgruppe Rostock
Bezirksgruppe Reichenbach
Bezirksgruppe Stuttgart**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Zeitzeugen gesucht wer meldet sich?

Den Opfern eine Stimme geben

Oral-history Projekts sammelt Berichte von Entlassenen aus den Gulags von ganz Osteuropa

Eine Gruppe von französischen Historikern hat sich, unter anderem in Kooperation mit Radio France International, vorgenommen, ein Tonarchiv zum „Europa des Gulags“ zu erstellen. Es sollen Überlebende des Gulags aus ganz Osteuropa interviewt werden, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit von sowjetischen Instanzen interniert, verurteilt und in die Sowjetunion deportiert wurden. Das Archiv soll wissenschaftlichen Zwecken dienen, zugleich aber auch dazu beitragen, den Opfern eine Stimme zu verleihen, zumal bereits viele inzwischen verstorben sind und die Zeit für solcher Art Befragungen eilt.

Zusammen mit Catherine Gousseff (Centre Marc Bloch Berlin, CNRS) ist Malte Griesse von der Universität Bielefeld – für den deutschsprachigen Bereich in diesem Projekt – verantwortlich.

Grob geht es um die drei großen Themenbereiche

- 1) Verhaftung,
- 2) Lagererfahrung und
- 3) Rückkehr,

wobei gerade die Rückkehr sich natürlich in BRD und DDR unterschiedlich gestaltet.

Die Organisatoren sind an beiden Gruppen von Betroffenen interessiert, wobei es auch darum geht, Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen. Trotzdem soll im Rahmen der Ausrichtung des Gesamtprojekts auf Osteuropa der Schwerpunkt im deutschen Sprachraum bei den ostdeutschen Gulagopfern liegen.

Auf der VOS-Internetseite wollen wir Interviews mit Zeitzeugen vorstellen. Das dürfte bereits eine Ausgangsbasis für uns für das genannte Projekt sein.

Gesucht werden Menschen innerhalb und außerhalb der VOS, die diese schreckliche Erfahrung gemacht haben und die bereit wären, an dem Projekt teilzunehmen.

Die Art der Aufzeichnungen soll nicht als Video-, sondern als Tonaufnahmen erfolgen. *Malte Griesse*

Betroffene/Interessierte wenden sich bitte an die VOS - Bundesgeschäftsstelle oder die Redaktion der Freiheitsglocke:

Dr. Malte Griesse,
Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie
und Theologie, Abteilung Geschichte
Universität Bielefeld Postfach 10 01 31
33501 Bielefeld
Telefon (0521) 106-00,
Durchwahl (0521) 106-3265,
E-Mail: Malte.Griesse@uni-bielefeld.de
Sekretariat: Gudrun Lehmann Durchwahl (0521)
106-3264, E-Mail: glehmann@uni-bielefeld.de

Hildegund Neubert weiter im Amt

Die bisherige Beauftragte für die Unterlagen des ehemaligen MfS in Thüringen, ist mit knapper Mehrheit für weitere fünf Jahre in ihrem Amt bestätigt worden. Allerdings stimmten SPD und Linke gegen Frau Neubert und warfen ihr Parteilichkeit und Kompetenzüberschreitung vor. Die erste Amtsperiode hatte in 2003 begonnen.

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Geschäftsstelle der VOS

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

Telefon/ AB: 030-26552380 und 030-26552381

Fax 030-2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-fg.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag
von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/Fax: 030 - 2546 2638

Montag und Donnerstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag, Mittwoch und Freitag von 12.00 bis 17.00 Uhr

Redaktion und Satz: Alexander Richter

Redaktionsanschrift: Postfach 1202, 48 270 Emsdetten

redaktion@vos-fg.de Fax: 02572 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag gleichzeitig Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Beiträge:

- | | |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr | 2,60 € |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke | |
| - alte Bundesländer | 45,00 € |
| - neue Bundesländer | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke | 24,00 € |

**Internetseiten der VOS und Links unter
www.vos-fg.de**

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-fg.de

Die nächste Ausgabe (674) erscheint: Dezember 2008.

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 673: 8. Nov. 2008